



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 06.02.2018

Glöckner und Herzog zur Absage des Verteidigungsministeriums zur Verlegung der Luftkampfübungsräume „TRA Lauter“ und „Polygone“

Angelika Glöckner und Gustav Herzog unterstützen den Kreistag Kaiserslautern bei der Umsetzung des Beschlusses über die Auswirkungen der Luftkampfübungsräume. Lärm und Umweltbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger sollen minimiert werden.

In einem Beschluss vom November letzten Jahres kritisiert der Kreistag Kaiserslautern die hohe Lärm- und Umweltbelastung durch den Regelflugbetrieb der Airbase Ramstein. Insbesondere durch die beiden Luftkampfübungsgebiete „TRA Lauter“, das sich vom Saarland über die Pfalz zieht, und „Polygone“ bei Bann ergeben sich große Belastungen für die Bevölkerung und die Umwelt. Zumindest diese Belastung soll durch eine Verlegung der Luftübungsräume vermindert werden, fordert der Kreistag des Landkreises Kaiserslautern.

Diese Forderung erhält nun Unterstützung von bundespolitischer Seite. Die beiden SPD Bundestagsabgeordneten Angelika Glöckner und Gustav Herzog sprechen sich gemeinsam für die Überprüfung weiterer Maßnahmen zur Reduzierung der Lärm- und Umweltbelastung für die Bürgerinnen und Bürger aus. *„Wir finden es wichtig, dass wir bei diesem Thema auf allen Ebenen mit einer Stimme sprechen und unsere Bemühungen für die Region bündeln“*, meint die SPD-Bundestagsabgeordnete Glöckner aus Pirmasens.

Die Abgeordnete Glöckner hat hierzu den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages in Anspruch genommen, um eine erste Einschätzung und weiterführende Informationen zur Thematik zu erhalten. Die eingetroffene Antwort aus dem Bundesministerium der Verteidigung an Gustav Herzog und ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes sind ein erster Ausgangspunkt, um Möglichkeiten zu Verbesserung auszuloten. Aus beiden Schreiben geht aber hervor, dass die Sachlage äußerst komplex und eine schnelle Lösung leider nicht zu erwarten ist. *„Hier treffen verschieden Zuständigkeiten aufeinander“*, erklärt der Abgeordnete Herzog aus Kaiserslautern und erläutert weiter, *„es handelt sich um eine trinationale Übungseinrichtung. Frankreich und die USA haben hier ebenfalls ein Interesse und müssen einbezogen werden“*. Es verwundert daher nicht, dass sowohl im Gutachten als auch in der Stellungnahme eine Verlegung sehr kritisch gesehen wird. Grund hierfür ist laut Wissenschaftlichen Dienst auch, dass es in Deutschland insgesamt vier derartige Übungsräume gebe, auf welche die Belastungen bereits annähernd gleich verteilt sind. Das bedeutet aber nicht, dass die berechtigten Sorgen und tatsächlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger kein Gehör finden würden. *„Uns ist bewusst, dass es nicht einfach ist. Was uns aber ärgert, ist dieses kategorische Abwehren der beiden zuständigen Bundesministerien für Verkehr und Verteidigung“*, geben beide Abgeordnete an.

Glöckner und Herzog wollen sich nun mit den zuständigen Landespolitikern abstimmen und das weitere Vorgehen besprechen. Die beiden Abgeordneten schlagen vor, einen Runden

Tisch aller beteiligten Akteure ins Leben zu rufen. Dort soll geklärt werden, welche Maßnahmen die erheblichen Belastungen zunächst reduzieren könnten. Langfristig, so die beiden SPD-Politiker, muss aber eine Verlegung oder Stilllegung der Luftkampfübungsräume in der Region weiterhin eine Möglichkeit sein und nicht kategorisch ausgeschlossen werden.